

# Politik der falschen Anreize

*Das Einkommen der Bauern ist hierzulande zu stark vom Staat abhängig*

Tausende von Bauern haben am Freitag in Bern gegen die geplanten Kürzungen von Direktzahlungen demonstriert. Ihre Sorgen sind verständlich. Doch sie sind auch eine Folge von Jahren verfehlter Politik.

flj. Bern · Tausende von Bauern – gemäss Bauernverband waren es über 10 000 – zogen am Freitagvormittag, begleitet von Treichel, durch die Berner Innenstadt und versammelten sich anschliessend auf dem Bundesplatz. Ihre Forderungen waren deutlich: Bundesrat und Parlament sollen auf Sparmassnahmen bei der Landwirtschaft verzichten. Bestellte Leistungen seien zu bezahlen, und der vorgesehene Zahlungsrahmen für die nächsten Jahre sei nicht anzutasten. Sonst werde die inländische Nahrungsmittelproduktion gefährdet und das Bauernsterben vorangetrieben.

Die Sorgen der Bauern sind durchaus verständlich. Tiefe Marktpreise und hohe Produktionskosten – befeuert durch den starken Franken – treiben

viele Betriebe in existenzielle Nöte. Laut Bauernverband müssen die Bauern dieses Jahr im Schnitt Einkommenseinbussen von elf Prozent hinnehmen. Der Bundesrat sieht in seinem diese Woche vorgestellten Sparprogramm Kürzungen von rund 100 Millionen Franken pro Jahr vor. Doch ist der Ruf nach ungebrochen hohen Direktzahlungen zielführend?

Andreas Bosshard, Geschäftsführer des Vereins «Vision Landwirtschaft», der sich für eine moderne und ökologisch verträgliche Landwirtschaft einsetzt, meint Nein. Auch Bosshard stört sich daran, dass der Bundesrat Kürzungen im Bereich der bestellten Leistungen vorsieht. Das verstosse gegen Treu und Glauben. Doch der Hund liege andernorts begraben. Für Bosshard sind die Beiträge für die Versorgungssicherheit, die mit jährlich 1,1 Milliarden Franken mehr als ein Drittel der Direktzahlungen ausmachen, der Ort, wo gespart werden müsse. Diese Beiträge böten Anreize zur Überproduktion und seien deshalb mitverantwortlich für den Preiszerfall. Überdies würden sie ihr Ziel – die inländische Versor-

gung mit Nahrungsmitteln – nicht erreichen. Im Gegenteil: Die damit ausgelöste Überproduktion sei nur durch Futtermittelimporte überhaupt möglich.

Der Futtermittelimport hat sich seit 1996 fast vervierfacht. Er ist auch der weitaus grösste Ausgabeposten bei der Produktion. Im Jahr 2014 hat die hiesige Landwirtschaft 1,5 Milliarden Franken dafür ausgegeben. Insgesamt entsprechen die Produktionskosten in der Höhe von rund 10 Milliarden Franken genau dem Betrag, den die Landwirtschaft auf dem Markt einnimmt.

Die Folge davon: Seit 2010 ist die Wertschöpfung in der Schweizer Landwirtschaft negativ – trotz geschützten Märkten. Das bäuerliche Einkommen entspricht nur noch knapp der Höhe der Direktzahlungen. Ohne Grenzschutz wäre es sogar stark negativ. «Durch die jahrzehntelangen, milliardenteuren Pauschalzahlungen entstand eine weitgehende Abhängigkeit der Bauern vom Staat», sagt Bosshard. Dies werde für die Bauern aufgrund der fehlenden Wertschöpfung zu einer «existenziellen Bedrohung». Ein Ausweg aus dieser Sackgasse ist gemäss Bosshard

nicht mehr, sondern weniger pauschale staatliche Unterstützung.

Die Folge wäre, dass die Produktion von Milch und Fleisch in der Schweiz etwas zurückginge. Sowohl für die Ernährungssicherheit wie für die Umwelt sei dies wünschenswert. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie von «Vision Landwirtschaft». Denn um die ökologisch zentralen Nährstoffkreisläufe zu schliessen, sei es unumgänglich, Milch und Fleisch dort zu produzieren, wo das Futter für die Tiere wachse. Eine Verringerung der Überschüsse habe auch positive Wirkungen auf die Preise. Die Versorgungssicherheit könne auch mit 10 bis 20 Prozent geringerer Kalorienproduktion gewährleistet werden.

Der Bauernverband teilt diese Auffassung nicht. Nicht wegzudiskutieren ist jedoch, dass das heutige System Mängel aufweist. Es bestehen nach wie vor Fehlanreize zur Überproduktion von Fleisch und Milch, was weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll ist. Solange das Einkommen der Bauern in solch starkem Mass vom Staat abhängt, werden die Forderungen der Bauern in Richtung Bundespolitik nicht abreißen.